Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 19

Artikel: Gewalt oder Gewaltlosigkeit?

Autor: Barth, Karl

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076583

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gewalt oder Gewaltlosigkeit?

Nochmals ein Brief von Karl Barth

Pfarrer Kurt Marti hat am 8. September anlässlich einer Kundgebung über die Tschechoslowakei im Stadttheater Basel (vom Fernsehen übertragen) einer unbegrenzten Gewaltlosigkeit das Wort geredet. Die Frage «Gewalt oder Gewaltlosigkeit» ist freilich nicht so einfach zu beantworten, auch aus christlicher Sicht nicht, wie der nachstehend ungekürzt wiedergegebene Brief des führenden Theologen Karl Barth dartut. Er ist vor 30 Jahren an eine Vertreterin des Vereins «Kirche und Frieden» in Holland gerichtet worden.

24. Oktober 1938

Sehr geehrte Frau Pfarrer!

Ihr Brief hat mich sehr bewegt, und ich will Ihnen gerne sagen, was ich über die Sache denke. Im entscheidenden, nämlich darin, dass der Augenblick gekommen sein dürfte, die Voraussetzungen Ihres Vereins einer gründlichen Ueberprüfung zu unterziehen, habe ich dem, was Sie selbst geschrieben haben, nichts hinzuzufügen.

Wenn das Programm von «Kirche und Frieden» im Sinn einer kirchlichen Bejahung eines unbedingten Pazifismus zu verstehen war, dann war es theologisch von Anfang an unmöglich. Die Kirche kann das Gebot Gottes mit keinem Prinzip, mit keinem «ismus» identifizieren, mit dem Pazifismus so wenig wie mit dem Militarismus. Die Kirche kann und muss wohl den Frieden verkündigen; sie muss aber in jeder neuen Situation neu offen sein dafür, aus Gottes Wort zu hören, was jeweilen unter Frieden zu verstehen ist. Sie kann sich also nicht darauf festlegen, dass dieser Friede durchaus und unter allen Umständen darin bestehen müsse, dass nicht geschossen wird.

Die Kirche muss darum beten und darum muss sie auch dafür arbeiten, dass der Staat nach innen und aussen ein rechter Staat sei. Zum rechten Staat gehört auch das, dass er den Frieden schützt: aber eben schützt, und zwar den Frieden, der der Gerechtigkeit und der Freiheit dient und in Gerechtigkeit und Freiheit zustande kommt. Nur in diesem Frieden kann ja auch das Evangelium verkündigt werden. In jedem anderen Frieden wird das Evangelium der Unterdrückung oder dem Gespött verfallen. Die Kirche kann das dulden, wenn es so kommt; sie kann es aber nicht wollen, dass es so kommt. Sie muss um des Evangeliums willen den rechten Staat und also den rechten Frieden wollen.

Um des rechten Friedens willen darf die Kirche dem Staat nicht wehren, das Schwert zu führen. Und wieder um des rechten Friedens willen darf sie nicht von ihm verlangen, dass er das Schwert «umsonst führe» (Röm. 13, 4). Wenn der Staat den Frieden nicht mehr anders schützen kann, dann muss er ihn mit dem Schwert schützen. Die Kirche wird darum beten und dafür arbeiten, dass das nicht nötig werde. Sie wird sich aber die Augen nicht verschliessen vor der eintretenden Notwendigkeit — es kann sogar sein, dass sie diese früher sehen muss als der Staat selber!! —, und sie wird dann ihren Gliedern sagen, dass sie «dem Kaiser geben sollen, was des Kaisers ist».

Die Diktatur ist das ausgesprochene Regiment der bewussten und planvollen Ungerechtigkeit und Unfreiheit. Die Diktatur ist als solche die Bedrohung des rechten Friedens. Im Zeitalter der Diktaturen muss die Kirche in allen noch nicht von ihnen beherrschten Ländern mit dem Willen zum rechten Frieden auch die Bereitschaft zu dessen Verteidigung gutheissen und fordern. Sie hat um des Evangeliums willen und durch die Verkündigung des Evangeliums den demokratischen Staat aufzurufen, um jeden Preis, auch um den von Not und Untergang, starker Staat zu sein, das heisst: den Diktaturen an seinen Grenzen mit allen Mitteln Halt zu gebieten. Und sie hat ihren Gliedern um des Evangeliums willen und durch die Verkündigung des Evangeliums zu sagen, dass es etwas gibt, das schlimmer ist als Sterben und als Töten: das freiwillige Jasagen zu der Schande der Herrschaft des Antichrist.

Was Ihren Verein betrifft, so scheint es mir zwei Möglichkeiten zu geben: entweder Sie verwandeln ihn ausdrücklich in einen Verein «Kirche und Staat», der sich die Besinnung auf die politische Aufgabe der Kirche und ihre Verkündigung zum Ziel machen würde, oder Sie lassen ihm seinen Namen «Kirche und Friede», interpretieren diesen aber nach seinem grundsätzlich und praktisch allein möglichen Sinn: «Kirche und rechter Friede», was dann ebenfalls auf die angegebene neue Zielbestimmung hinweisen würde.

Ich nehme an, dass meine letzten Schriften, «Rechtfertigung und Recht» und «Gotteserkenntnis und Gottesdienst», dort auch bekannt sind, darf mich aber jedenfalls auf das dort weiter Ausgeführte vorläufig beziehen.

Mit freundlichem Gruss an Sie, Ihren Mann und an alle Ihre und meine Freunde

Ihr sehr ergebener Karl Barth

Kirche sich nicht von ihm zu distanzieren, sondern solidarisch neben ihn zu treten. Der Satz vom tschechischen Soldaten meint in konkreter Anwendung sehr schlicht das, was 1. Tim. 2, 1—3 als Grund des christlichen Gebetes für die Obrigkeit angegeben ist: «...auf dass wir ein ruhiges und stilles Leben führen mögen in aller Gottseligkeit und Ehrbarkeit». Eben dazu ist der rechte Staat da. Und eben dazu muss es leider, solange es Ordnungsbrecher und Freiheitsstörer gibt, auch Soldaten und dann wahrlich auch ein christliches Lob des Soldaten geben.

Getäuscht habe ich mich am 19. September nur darin, dass ich die Widerstandskraft sowohl der Tschechoslowakei als der anderen europäischen Ordnungs- und Freiheitsstaaten und auch die Einsicht der europäischen Kirchen damals überschätzt habe. Prag ist nicht fest geblieben, und London und Paris sind nicht wieder fest geworden. Und die Kirche hat, mehr mit der Frage nach dem Frieden überhaupt, als, wie es sich gehörte, mit der Frage nach dem rechten Frieden beschäftigt, nichts dazu zu sagen gehabt. Wir werden alle dafür bezahlen müssen, dass jene Widerstandskraft nicht grösser gewesen ist, dass die Regierungen, die Völker und die Kirchen sich in der Weise haben bluffen lassen, wie es vor und nach dem 30. September geschehen ist.

Karl Barth ■

Nationalrat Ernst Bircher, Bern

Jacken und Zwangsjacken

Es ist soviel über die neueste tschechoslowakische Tragödie geschrieben und gesagt worden, dass man Hemmungen hat, noch etwas beizutragen. *Zwei Aspekte* haben mich ganz besonders beschäftigt. Zum ersten könnte man als Ueberschrift setzen:

Dreimal Zwangsjacke in 30 Jahren

Im Spätsommer 1938 hatte ich Gelegenheit, an einer von der tschechoslowakischen Völkerbundsvereinigung organisierten internationalen Sommerschule für zentraleuropäische Probleme in der Hohen Tatra teilzunehmen. Die meisten der begeisterungsfähigen Demokraten aus den Balkanländern und aus den baltischen Staaten, die uns zwei Schweizer so um unsere Demokratie beneideten, sind wohl inzwischen unter die Stiefel der Nazis oder der Kommunisten geraten — einige wenigen haben es als Emigranten in anderen Kontinenten weit gebracht. Auf der Rückreise geriet ich in Eger in eine Kundgebung der Henlein-Nazis und erlebte schaudernd die Hysterie fanatisch und verzückt «Heil, Heil» brüllender Massen und die tierischstumpfen Gesichter der Leibgarde des sudetendeutschen Miniaturführers. Beinahe wäre ich verprügelt worden, weil ich weder mitschrie noch den Arm zum Gruss reckte.

In den Diskussionen in der Tatra hatten die Probleme lösbar ausgesehen. Nur beschlich mich ein ungutes Gefühl: arme Demokratie Thomas Masaryks. Noch nachdenklicher aber machte mich der Anblick von langen Güterzügen mit Tanks und Geschützen, die im Morgengrauen meinen der Heimat zurollenden Zug Richtung tschechische Grenze kreuzten. Ich atmete erst auf, als ich die Schweizer Grenze überquert hatte.

Weniger als drei Wochen später heimste Hitler mit dem Münchner Abkommen einen grossen Prestigeerfolg ein, und Herr Chamberlain posierte mit «peace for our time», errungen mit dem Regenschirm. Hitler erklärte: «Wir wollen keine Tschechen»; er sei mit der Abtretung der deutschbesiedelten Gebiete der Tschechoslowakei an Deutschland zufriedengestellt. Herr